



Gegen Zuwarten bei Tiger-Ersatz

Kommission macht Druck

Die Sicherheitskommission des Nationalrates fordert den Bundesrat auf, die Verabschiedung des neuen Sicherheitspolitischen Berichts mit dem Entscheid über den Teilersatz der Tiger-Jets zu verknüpfen.

met. · Die Fakten, die nötig sind, um einen Entscheid über den teilweisen Ersatz der veralteten Tiger-Kampfflugzeuge zu fällen, liegen auf dem Tisch. Der Bericht über die Evaluation der drei Kandidaten Eurofighter, Gripen und Rafale durch die Armasuisse ist Bundesrat Ueli Maurer und der Armeespitze zur Kenntnis gebracht worden. Es gebe deshalb keinen Grund, das Geschäft weiter auf die lange Bank zu schieben, findet die Sicherheitspolitische Kommission (SiK) des Nationalrates. Sie hat am Dienstag eine Motion ihres Mitglieds Thomas Hurter (svp., Schaffhausen) in der Form einer Kommissionsmotion mit 15 zu 8 Stimmen gutgeheissen. Diese verlangt, dass der Bundesrat den Flugzeugentscheid gleichzeitig mit der Verabschiedung des neuen Sicherheitspolitischen Berichts

fällt, wie SiK-Präsident Jakob Büchler (cvp., St. Gallen) sagte. Dass die beiden Dinge zusammengehören, habe ursprünglich ja auch der Bundesrat wiederholt erklärt.

Die Kommission fordert den Entscheid nicht sofort, also bereits nächste Woche, wenn der auf Verlangen des Gesamtbundesrates überarbeitete Entwurf des Sicherheitsberichts in der Landesregierung traktandiert ist. Gemeint ist der Zeitpunkt der definitiven Verabschiedung samt Botschaft an die Räte. Hurter rechnet damit, dass dies bis im August möglich sein sollte. Im Hinblick auf eine mögliche gestaffelte Beschaffung, die der Präsident der Subkommission Tiger-Teilersatz trotz Maurers Verzichtsantrag im letzten Herbst für mehrheitsfähig hält, verlangt die Motion auch einen verbindlichen Zeitplan.

Im Übrigen erwartet die SiK, dass der Sicherheitspolitische Bericht nach der ordentlichen Vernehmlassung im vierten Quartal im Erstrat behandelt werden kann. Weitere Verzögerungen will sie nicht hinnehmen. Von unverantwortlichen Hinhaltemanövern Bundesrat Maurers sprachen am Dienstag in Communiqués die FDP und die CVP.